

## PROJEKTBERICHT: DIE BEFRAGUNG VON ELITEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

### 1. Anlage und Ziele der Untersuchung

Die empirische Erforschung von Eliten hat eine lange Tradition in den Sozialwissenschaften, wobei anfangs die Analyse allgemein zugänglicher Informationen, wie z. B. biographische Daten aus Handbüchern oder Archiven, im Vordergrund stand (Dokumentenanalyse). Seit einiger Zeit wird jedoch bei der Untersuchung von Eliten zunehmend das Instrumentarium der Umfrageforschung eingesetzt. Eliteumfragen dienen dabei zwei unterschiedlichen Forschungszwecken. Im ersten Fall werden Eliten in ihrer Eigenschaft als Experten für ein bestimmtes Sachgebiet befragt. Bei Untersuchungen dieses Typs beschränkt sich die Befragung meist auf wenige, mehr oder weniger systematisch ausgewählte Elitepersonen; die Interviews haben zumeist Leitfadencharakter und dienen vorwiegend der Exploration des jeweiligen Sachgebietes, in dem sich die Befragten besonders gut auskennen. Eliteumfragen im zweiten Sinne beschäftigen sich hingegen mit der standardisierten Erfassung spezifischer Merkmale von Elitemitgliedern, z. B. von Einstellungen. Die untersuchte Elitepopulation wird dabei nach systematischen Auswahlkriterien bestimmt.

Die Untersuchung, über die im folgenden berichtet wird, gehört zum zweiten Typ. Es handelt sich um eine Studie über führende Positionsinhaber in der Bundesrepublik Deutschland, von denen angenommen werden kann, daß sie aufgrund ihrer Position Einfluß auf gesamtgesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen haben. Die Erhebung wurde im Sommer 1981 durchgeführt und von ZUMA betreut.

Inhaltliche Schwerpunkte der Studie, die an zwei frühere Elitestudien von 1968 und 1972 anknüpft, sind die Erhebung von Informationen über soziale Herkunft, Karrieremuster und politische Überzeugungen der Eliten. Außerdem wurden Netzwerkdaten über Beziehungen zwischen Organisationen und zwischen Personen erhoben. Die theoretischen Grundlagen und Analyseabsichten sind in früheren Arbeiten sowie in den Forschungsanträgen ausführlich dargestellt (HOFFMANN-LANGE, NEUMANN & STEINKEMPER, 1980; WILDENMANN & KAASE, 1979, 1981).

# ZUMA

---

## 2. Definition und Bestimmung der Befragungspopulation

Eliten sind nach der in den Sozialwissenschaften üblichen Definition Personen mit besonders großem Einfluß auf bedeutsame Entscheidungen in einem Sozialsystem, z. B. in einer Organisation, einer Gemeinde oder einer ganzen Gesellschaft. Im vorliegenden Fall wurden nationale Eliten in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Bezugseinheit ist also die gesamte Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Auswahlprobleme, die sich bei der Untersuchung nationaler Eliten in hochentwickelten Gesellschaften ergeben, sind wegen der komplexen Struktur dieser Gesellschaften besonders groß.

Die beiden wichtigsten Grundentscheidungen jeder Auswahl sind dabei die horizontale und die vertikale Abgrenzung der Untersuchungspopulation. Beide hängen davon ab, ob Macht bzw. Einfluß auf bedeutsame Entscheidungen enger oder weiter definiert werden. Die horizontale Abgrenzung betrifft die Frage, ob nur solche Personen in die Untersuchung einbezogen werden sollen, die direkt an politischen Entscheidungen partizipieren, d. h. politische Eliten im engeren Sinne, oder ob die Elitedefinition auch auf einen weiteren Personenkreis ausgedehnt werden soll, der indirekt auf die Entscheidungs- bzw. Willensbildung im politischen System wirkt, z. B. auf Eliten von Interessengruppen, Wissenschaft und Massenmedien.

Die vertikale Abgrenzung der Elite betrifft dagegen die Anzahl der Hierarchieebenen, die in die Untersuchung mit einbezogen werden. Man kann sich z. B. auf die Inhaber der Spitzenpositionen in den verschiedenen Organisationen bzw. Institutionen beschränken, die die formelle Entscheidungsbefugnis in allen die Gesamtorganisation betreffenden Entscheidungen haben. Diese verfügen über einen breiten Einflußbereich, nehmen aber andererseits am Prozeß der Entscheidungsvorbereitung und damit an der Formulierung von Entscheidungsalternativen meist nicht besonders intensiv teil. Die Vertreter der übrigen Hierarchieebenen haben hingegen einen eingeschränkteren Kompetenzbereich, sind jedoch in diesem Rahmen intensiver an der Vorbereitung einzelner Entscheidungen beteiligt.

Zur Bestimmung der Untersuchungspopulation stehen drei verschiedene Auswahltechniken zur Verfügung, die unterschiedliche Indikatoren für politi-

# ZUMA

---

sche Macht verwenden. Der Positionsansatz geht davon aus, daß in differenzierten Industriegesellschaften Macht an formale Führungspositionen gebunden ist. Als Zielpopulation werden daher die Inhaber von Führungspositionen in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren ausgewählt. Beim Reputationsansatz wird nicht von Positionen ausgegangen. Die eigentliche Auswahl der Zielpopulation wird durch Experten getroffen, die für die Population als Ganzes, für einzelne Sektoren oder auch bestimmte Politikfelder, wie z. B. Wirtschaftspolitik oder Außenpolitik, bestimmen, wer die einflußreichsten Personen sind. Beim Entscheidungsansatz schließlich erfolgt die Bestimmung der Elitepopulation auf der Basis einer vorausgehenden Untersuchung von konkreten politischen Entscheidungsprozessen, deren wichtigste Teilnehmer als Elite betrachtet werden.

Die Entscheidung für eines der skizzierten Auswahlverfahren muß neben theoretischen Gesichtspunkten auch die Praktikabilität der Verfahren berücksichtigen. Unter diesem zweiten Aspekt ist der Entscheidungsansatz zur Auswahl nationaler Eliten zu aufwendig, da er umfangreiche Vorstudien voraussetzt. Die Bestimmung der Elite ist hier Ergebnis, nicht aber Ausgangspunkt der Untersuchung. Der Reputationsansatz ist in erster Linie bei Gemeindestudien anwendbar, bei denen die Zielpopulation für die ausgewählten Experten noch voll überschaubar ist, da sie in der Regel nicht sehr viele Personen umfaßt. Bei der Anwendung dieses Ansatzes auf nationale Eliten erhebt sich dagegen das Problem, daß eine einzelne Person nur einen sehr begrenzten Bereich des gesamten Entscheidungsspektrums überblicken kann und daher nicht in der Lage ist, die Gesamtgruppe der in einer Gesellschaft bedeutsamen Personen vollständig zu bestimmen. Zudem besteht natürlich ganz allgemein die Gefahr subjektiver Verzerrungen der Expertenurteile, die mit zunehmender Ferne von den tatsächlichen Entscheidungszentren noch zunimmt.

Der Positionsansatz setzt hingegen keine umfangreichen Vorstudien voraus und ermöglicht eine Auswahl anhand dokumentierbarer und nachvollziehbarer Kriterien. Er ist somit sowohl die zuverlässigste als auch am leichtesten zu operationalisierende der drei Techniken. Bei seiner Anwendung muß man sich allerdings darüber im klaren sein, daß er die Ausübung von Einfluß, die nicht an die Einnahme von Führungspositionen gebunden ist, systematisch ausblendet. Es ist daher zu prüfen, ob eine Ergänzung der nach diesem Verfahren ausgewählten Zielpopulation um Personen mit eher informellem Einfluß

erforderlich ist. In den deutschen Elitestudien von 1968, 1972 und 1981 wurde die Zielpopulation mit Hilfe des Positionsansatzes bestimmt. Zudem wurde in allen drei Studien eine Vielzahl verschiedener Elitegruppen einbezogen, die hinsichtlich ihres Einflusses, ihrer Interessen, sozialen Merkmale usw. verglichen werden können. Die Anwendung des Positionsansatzes brachte ein mehrstufiges Auswahlverfahren mit sich und erforderte die vorherige Festlegung der Sektoren, der Organisationen je Sektor und schließlich der Positionen, die in die Untersuchung einbezogen werden sollten. In einem letzten Schritt wurden dann die derzeitigen Inhaber der Auswahlpositionen bestimmt und in einer Datei erfaßt.

Es liegt auf der Hand, daß die Zusammensetzung der Befragungspopulation einen wesentlichen Einfluß auf die Verteilung der in der Studie erhobenen Merkmale hat. Die Anzahl der Auswahlpositionen und damit der Zahlenrelationen zwischen Positionen, Organisationen und Sektoren ist daher von großer Bedeutung für die Gültigkeit der Ergebnisse. Bei der Festlegung der Auswahlkriterien wurde versucht, die verschiedenen Organisationen und Sektoren entsprechend der ihnen zugeschriebenen Bedeutung durch eine mehr oder weniger große Anzahl von Positionen zu repräsentieren. Damit sollte erreicht werden, daß zutreffende Aussagen über die Verteilung von Merkmalen zumindest für die einzelnen Sektoren möglich sind. Auch unter dieser Voraussetzung ist es jedoch problematisch, die Befragten über die Sektoren hinweg zu aggregieren und Aussagen über "die Elite" zu machen, da sich die Bedeutung der einzelnen Sektoren wegen der mangelnden Vergleichbarkeit ihres Einflusses auf politische Entscheidungen nur schwer quantifizieren läßt.

Tabelle 1 enthält eine Liste der wichtigsten Sektoren und die Fallzahlen der in diesen Sektoren ausgewählten Positionen.

# ZUMA

Tab. 1: Anzahl der ausgewählten Positionen für die einzelnen Sektoren

Sektor	n	%
Politik	539	15.1
Verwaltung	479	13.4
Finanz- und Wirtschaftsunternehmen	837	23.4
Wirtschaftsverbände	394	11.0
Gewerkschaften	155	4.3
Massenmedien	376	10.5
Wissenschaft	209	5.8
Militär	172	4.8
Kultur	188	5.3
Justiz	70	2.0
Sonstige	161	4.5
Insgesamt	3580	100.0

### 3. Organisation des Feldeinsatzes

Durch Ämterkumulation und momentane Nichtbesetzung einiger Positionen verminderte sich die Zahl der Zielpersonen gegenüber der Zahl der Auswahlpositionen von 3580 auf 3165.<sup>1)</sup>

Angesichts der Größenordnung der Zielpopulation war die Befragung nur durch die Einschaltung eines Meinungsforschungsinstituts durchzuführen; mit dieser Aufgabe wurde GETAS, Bremen, als eines der Kooperationsinstitute von ZUMA betraut. Da im Vergleich zu einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage mit einem wesentlich höheren Aufwand für Terminabsprachen gerechnet werden mußte, wurde zudem beschlossen, den Feldeinsatz zwischen GETAS und der Projektgruppe aufzuteilen. Die Projektgruppe betreute etwa ein Drittel der insgesamt zur Befragung vorgesehenen Adressen selbst. Dabei handelte es sich um Zielpersonen, bei denen aufgrund ihrer Position angenommen werden

<sup>1)</sup>Aufgrund von vorübergehend vakanten Positionen, Positionsumbesetzungen, der Neuschaffung sowie Zusammenlegung von Positionen veränderte sich das Adressenbrutto während des Feldzeitraums. Die endgültigen Fallzahlen ergaben sich daher erst nach Abschluß der Untersuchung. Im folgenden wird nur auf diese Zahlen Bezug genommen, die nach einer Dateikorrektur auf dem Datensatz enthalten sind.

# ZUMA

---

mußte, daß Kontaktaufnahme, Terminabsprachen und die Interviewsituation einmal wegen ihrer zeitlichen Überbeanspruchung und zum anderen wegen der vermuteten hohen Ansprüche an die spezifische Sachkompetenz der Interviewer als Gesprächspartner besonders schwierig sein würden. Zu dieser Gruppe gehörten z. B. Bundes- und Landesminister, Vorstandsvorsitzende von Großunternehmen, Chefredakteure von Tageszeitungen, d. h. im wesentlichen die Inhaber der jeweils höchsten Positionen in den einzelnen Sektoren.

Der Feldeinsatz für die beiden Felder wurde getrennt geleitet, so daß auch zwei getrennte Interviewerstäbe zum Einsatz kamen. In dem von GETAS betreuten Feld I waren insgesamt 85 Interviewer tätig. Der Interviewerstab in Feld II (Projektgruppe) bestand aus drei Projektmitarbeitern und weiteren 21 besonders qualifizierten Interviewern. Wegen der besonderen Zielpopulation wurde eine mündliche Interviewerschulung durchgeführt. Zusätzlich erhielten die Interviewer einen schriftlichen Interviewerleitfaden, der ausführliche Erläuterungen zum Fragebogen enthielt.

Anfang März 1981 erhielten alle Zielpersonen ein erstes Anschreiben, mit dem sie um die Teilnahme an der Untersuchung gebeten wurden. Alle Anschreiben waren von den beiden wissenschaftlichen Leitern der Studie individuell unterschrieben und wurden mit dem Absender der Universität Mannheim versandt, um den Zielpersonen gegenüber zu dokumentieren, daß es sich bei dem Projekt um eine universitär verankerte Studie handelte. Auf dem Briefkopf waren beide Lehrstühle aufgeführt, und er enthielt zusätzlich einen Hinweis auf die organisatorische Betreuung durch GETAS. Den Anschreiben lag eine Rückantwortkarte bei, auf der die Befragten mögliche Interviewtermine nennen konnten.

Ursprünglich war geplant gewesen, Ende März ein Erinnerungsschreiben an diejenigen Zielpersonen zu versenden, die noch nicht auf das erste Anschreiben reagiert hatten. Der Rücklauf der Antwortkarten war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch so groß, daß diese Schreiben erst in der ersten Aprilwoche verschickt wurden.

Der Feldeinsatz verlief in beiden Feldern nach ähnlichem Muster. Der Rücklauf auf die Anschreiben wurde bei der Feldeinsatzleitung registriert. Die von den Befragten vorgeschlagenen Termine wurden umgehend entweder schrift-

lich (Feld I) oder telefonisch (Feld II) bestätigt. Eingehende Absagen waren in der Regel so eindeutig und definitiv, daß auf weitere Kontaktversuche verzichtet werden konnte. Sehr häufig wurden jedoch Rückfragen nach den Zielen der Untersuchung oder nach den Auswahlkriterien gestellt, die im Hinblick auf eine möglichst hohe Ausschöpfung sehr ausführlich beantwortet wurden.

Ab Mitte Mai ließ der Rücklauf der Rückantwortkarten und -briefe deutlich nach. Da zu diesem Zeitpunkt jedoch etwa ein Drittel der Zielpersonen überhaupt noch nicht auf die Anschreiben reagiert hatte, wurde es notwendig, einen weiteren Kontaktversuch zu unternehmen. Für Feld II wurde durch die Projektgruppe versucht, telefonisch Kontakt mit den Zielpersonen herzustellen, während die Kontaktaufnahme in Feld I durch die jeweils am Ort befindlichen Interviewer vorgenommen wurde.

Insgesamt umfaßte der Feldeinsatz den Zeitraum von Ende März bis Ende Juli 1981. 55 (3.2 %) Interviews fanden im März statt, 843 (48.3 %) im April, 618 (35.4 %) im Mai, 181 (10.4 %) im Juni und 40 (2.3 %) im Juli.<sup>1)</sup>

Tabelle 2 enthält die Verteilung der Reaktionen der angeschriebenen Personen auf die einzelnen Phasen des Feldzeitraums. Sie zeigt, daß der Prozentsatz der Zusagen zunehmend geringer wurde, daß aber die beiden Nachreaktionen durchaus noch eine erhebliche absolute Anzahl von Interviews möglich machten. Dabei ergaben sich lediglich geringfügige Unterschiede zwischen den Sektoren. Eine Ausnahme machte allerdings der Sektor Militär, in dem lediglich 32 % der Zielpersonen bereits auf das erste Anschreiben reagierten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die generelle schriftliche Genehmigung zur Teilnahme an der Untersuchung durch das Bundesverteidigungsministerium im März noch nicht vorlag, die Zielpersonen diese aber offensichtlich abwarten wollten, ehe sie persönlich über ihre Teilnahmebereitschaft entschieden. Die Anfang Februar erbetene allgemeine Genehmigung wurde schließlich Anfang April erteilt.

---

<sup>1)</sup>In sieben Fällen fehlt die Interviewerangabe des Befragungstermins.

**Tab. 2: Reaktion der Zielpersonen und Realisierung**

	nicht-realisiert		realisiert		Summe	
	n %	%	n %	%	n %	%
Reaktion auf das erste Anschreiben	752 52.9	35.8	1350 77.4	64.2	2102 66.4	100.0
Reaktion auf das Erinnerungsschreiben	178 12.5	60.5	116 6.7	39.5	294 9.3	100.0
Kontaktiert durch Projektgruppe oder Interviewer	367 25.8	70.3	155 8.9	29.7	522 16.5	100.0
Positionswechsler <sup>1)</sup>	124 8.7	50.2	123 7.1	49.8	247 7.8	100.0
Insgesamt	1421 100.0	44.9	1744 100.0	55.1	3165 100.0	100.0

#### 4. Ausschöpfung

Die Ausschöpfungsrate lag in beiden Feldern gleich hoch. Mit 55 % ist sie etwas geringer als 1972 (60 %), entspricht aber genau der von 1968 mit ebenfalls 55 %. Durch eine weitere Verlängerung des Feldzeitraums hätte sich die Ausschöpfung möglicherweise noch etwas steigern lassen. Der dadurch bedingte Aufwand sowie die Probleme, die sich aus einem noch längeren Zeitraum für die Interpretation der Ergebnisse ergeben hätten, ließen eine solche Verlängerung jedoch nicht sinnvoll erscheinen.

Die Unterschiede zwischen den Ausschöpfungsraten in den einzelnen Sektoren sind in Tabelle 3 dargestellt. Der Vergleich mit den beiden früheren Studien zeigt eine bemerkenswerte Konstanz der Ausschöpfungsraten innerhalb der Sektoren über die Zeit. Gegenüber 1972 gingen lediglich die Anteile in den Sektoren Gewerkschaften und Militär um mehr als 10 % zurück. Bei den Gewerkschaften dürfte dies vor allem darauf zurückzuführen sein, daß sich

<sup>1)</sup> Positionswechsler werden getrennt aufgeführt, da bei ihnen in jedem Fall Besonderheiten bei der Kontaktaufnahme vorliegen.

# ZUMA

eine Reihe von Gewerkschaften während des Feldzeitraums in Tarifverhandlungen befand. Dies belastete das Zeitbudget der Zielpersonen in diesem Sektor und wurde in einigen Fällen explizit als Absagegrund genannt. Im Sektor Militär war sicher die verspätet eingegangene Genehmigung durch das Ministerium ausschlaggebend für die geringe Zusagequote.

Tab. 3: Ausschöpfungsraten für die einzelnen Sektoren<sup>1)</sup>

	1981		1972		1968			
	Bruttoansatz		Realisiert		Realisiert			
	n	%	n	%	n	%		
Politik	452	14.3	274	60.6	353	65.1	191	60.1
Verwaltung	471	14.9	296	62.8	549	64.1	89	59.7
Finanz- und Wirtschaftsunternehmen	688	21.7	285	41.4	266	41.8	129	40.6
Wirtschaftsverbände	296	9.4	174	58.8	197	56.3	88	58.7
Gewerkschaften	155	4.9	87	56.1	62	80.5	71	69.6
Massenmedien	354	11.2	222	62.7	264	69.7	150	66.1
Wissenschaft	179	5.7	130	72.6	48	80.0	39	42.9
Militär	172	5.4	43	25.0	41	75.9	-	-
Kultur	180	5.7	104	57.8	-	-	-	-
Justiz	67	2.1	38	56.7	-	-	-	-
Sonstige	151	4.8	91	60.3	45	60.0	51	53.7
Gesamt	3165	100.0	1744	55.1	1825	60.2	808	55.7

Insgesamt konnten somit 1421 Zielpersonen nicht befragt werden. Davon hatten 110 Personen zwar prinzipiell zugesagt, das Interview kam aber aus Zeitgründen, auch nach Verlängerung des Feldzeitraums, nicht mehr zustande.

<sup>1)</sup>Nicht ausgewiesene Fallzahlen bzw. Prozentwerte: Diese Sektoren waren in die entsprechenden Studien nicht einbezogen.

Bei den eindeutigen Absagen wurde häufig überhaupt keine Begründung angegeben. Auf die quantitative Erfassung der gegebenen Begründungen in den übrigen Fällen wurde verzichtet, da unserer Auffassung nach diese "Begründungen" die tatsächlichen Absagegründe nicht widerspiegeln. Hinter dem am häufigsten vorgebrachten Argument, nämlich Zeitmangel, verbergen sich vermutlich neben tatsächlicher Terminüberlastung - die jedoch von allen Zielpersonen gleichermaßen hätte ins Feld geführt werden können - auch eine Anzahl anderer Absagegründe, die die Zielpersonen lediglich nicht explizit machen wollten. Weitere - zahlenmäßig jedoch nicht ins Gewicht fallende - Absagegründe waren:

- die Feststellung, die Zielperson beteilige sich prinzipiell nicht an Umfragen dieser Art;
- Datenschutzargumente.

Allgemeine Bedenken hinsichtlich des wissenschaftlichen Wertes und der Nützlichkeit sozialwissenschaftlicher Umfrageforschung, wie sie bei den ersten in der Bundesrepublik durchgeführten Elitestudien noch häufiger vorkamen, wurden nur sehr selten geäußert.

Häufig wird in der Eliteforschung die Befürchtung geäußert, die Ausfallrate nehme mit der Höhe der Position der Zielperson zu, dies werde jedoch bei Ausschöpfungsberechnungen, die nur nach Sektoren differenzieren, nicht deutlich. Um die Richtigkeit dieser These zu überprüfen, wurden für die wichtigsten Sektoren Ausschöpfungsberechnungen getrennt nach den Spitzenpositionen und den übrigen Positionen berechnet.<sup>1)</sup> Die Definition der Spitzenpositionen entspricht dabei weitgehend den Kriterien, die zur Unterteilung der beiden Felder verwendet wurde.

Tabelle 4 zeigt, daß die Ausschöpfungsrate nicht einheitlich von der Höhe der Position abhängig ist.

---

<sup>1)</sup>In den Sektoren Wissenschaft und Kultur war eine Trennung zwischen verschiedenen Ebenen nicht möglich, da diese keine eindeutige hierarchische Struktur aufweisen.

**Tab. 4:** Ausschöpfung für Spitzenpositionen (I) im Vergleich zu den übrigen Führungspositionen (II) für ausgewählte Sektoren

	angeschriebene Fälle	realisierte Fälle	Ausschöpfung in %
Politik I <sup>1)</sup>	246	133	54.1
Politik II	206	141	68.4
Verwaltung I <sup>2)</sup>	163	114	69.9
Verwaltung II	308	182	59.1
Wirtschaftsunternehmen I	242	116	54.1
Wirtschaftsunternehmen II	446	169	37.9
Wirtschaftsverbände I	61	29	47.5
Wirtschaftsverbände II	235	145	61.7
Gewerkschaften I	33	19	57.6
Gewerkschaften II	122	68	55.7
Massenmedien I	88	57	64.8
Massenmedien II	266	165	62.0

Lediglich in den Sektoren Politik und Wirtschaftsverbände ergab sich der befürchtete Effekt, während in der Verwaltung, bei Unternehmen und Gewerkschaften die Ausschöpfung bei den Spitzenpositionen sogar geringfügig höher ist. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß Staatssekretäre, Vorstandsvorsitzende und Gewerkschaftsvorsitzende von ihrem Selbstverständnis her die Vertretung ihrer Organisation nach außen hin wahrnehmen und daher eher interviewbereit sind als andere führende Positionsinhaber, die eher organisationsinterne Funktionen wahrnehmen.

- <sup>1)</sup>Hier wird die besonders geringe Ausschöpfungsquote bei der Bundesexekutive durch bessere Zusagequoten bei der Landesexekutive kompensiert.  
<sup>2)</sup>Abweichend von der Zuordnung zu Feld I und Feld II wurden hier alle Staatssekretäre in Bundes- und Landesministerien als Inhaber von Spitzenpositionen klassifiziert.

Über die inhaltlichen Konsequenzen der erreichten Ausschöpfungsrates läßt sich nur spekulieren. Es können aufgrund der beim Feldeinsatz gemachten Erfahrungen keine systematischen Gründe ausgemacht werden, die für oder gegen die Zusagebereitschaft spezifischer Gruppen sprechen. Allerdings läßt sich vermuten, daß die befragten Personen, im Vergleich zur Gesamtgruppe der Zielpersonen, den für allgemein politische Fragestellungen und für sozialwissenschaftliche Forschung aufgeschlosseneren Teil der Führungsschicht ausmachen. Dies könnte zu einer gewissen Verzerrung der Ergebnisse bei den erfaßten politischen Einstellungen geführt haben. Eine Validierung dieser Vermutung anhand externer Kriterien ist allerdings nicht möglich. Verzerrungen in den anderen Untersuchungsbereichen, z. B. bei Karrieremustern, Tätigkeitsmerkmalen sowie Organisations- und Personenkontakten können ebenfalls nicht ausgeschlossen werden, zumal in einigen Fällen ganze Organisationen (eine DGB-Gewerkschaft und eine Reihe von Unternehmen) die Teilnahme verweigert haben. Eine genaue Analyse der nicht realisierten Auswahlpositionen für die einzelnen Sektoren wird daher erforderlich sein, um mögliche systematische Verzerrungen erkennen zu können.

## 5. Feldzugang

Im Verlauf des Feldeinsatzes wurden alle brieflichen, telefonischen und persönlichen Kontakte mit den Zielpersonen bzw. ihren Sekretariaten, persönlichen Referenten o. ä. notiert. Die Anzahl der bis zur ersten Terminabsprache oder endgültigen Absage erforderlichen Kontakte ist ein wichtiger Indikator für den seitens der Feldeinsatzleitung erforderlichen Aufwand. Die durchschnittliche Anzahl der Kontakte war 4.9 für die realisierten und 3.4 für die nicht realisierten Fälle. Da Terminverschiebungen, die direkt zwischen den Interviewern und den Zielpersonen abgesprochen wurden, hierbei nicht berücksichtigt sind, dürften die tatsächlichen Zahlen noch etwas höher liegen. Vergleichsbasis und Mindestzahl sind zwei Kontakte für die nicht realisierten Fälle, nämlich Anschreiben und Absage. Für die realisierten Fälle fanden mindestens drei Kontakte statt, nämlich Anschreiben, Zusage und Terminbestätigung.

Die sektorspezifischen Unterschiede sind nicht besonders ausgeprägt. Auch die Differenz zwischen den realisierten und den nicht realisierten Fällen ist in allen Sektoren ähnlich. Tabelle 5 zeigt demgegenüber, daß die erfor-

derliche Anzahl der Kontakte bis zu einer endgültigen Zu- oder Absage vor allem für diejenigen Zielpersonen zunahm, die von sich aus überhaupt nicht auf die Anschreiben reagierten. Bei diesen war der Aufwand für die nicht realisierten Fälle auch fast ebenso hoch wie für die realisierten. Dagegen führte die erste Mahnaktion zu einer nur geringfügigen Erhöhung der Kontaktzahlen.

Tab. 5: Durchschnittliche Anzahl der Kontakte und Feldverlauf

Feldverlauf	durchschnittliche Anzahl der Kontakte		
	insgesamt	nicht realisierte Fälle	realisierte Fälle
Reaktion auf erstes Anschreiben	4.1	2.9	4.7
Reaktion auf Erinnerungsschreiben	4.1	3.3	5.3
Kontaktiert durch Projektgruppe oder Interviewer	4.9	4.7	5.5
Positionswechsler	4.1	3.1	5.2
Insgesamt	4.2	3.4	4.9

## 6. Datenschutz

Ein besonderes Problem, auf das hier eingegangen werden soll, stellte die Handhabung des Datenschutzes dar. Bei Bevölkerungsumfragen wird dieser normalerweise dadurch gewährleistet, daß Befragtenadressen und Befragungsergebnisse getrennt aufbewahrt werden und nach Abschluß der Befragung die Adressenkartei oder -datei vernichtet wird. Der Datensatz der Befragungsergebnisse wird durch den Verzicht auf diese Speicherung von unmittelbar die Identifikation ermöglichenden Angaben von Namen und Adressen faktisch anonymisiert.

# ZUMA

---

Eine solche Anonymisierung wäre bei Elitedaten nur möglich, wenn auf die Einbeziehung von detaillierten Positionsmerkmalen in die Ergebnisdatei verzichtet würde; damit wäre allerdings eine sinnvolle Analyse weitgehend unmöglich, da erst eine Erfassung verschiedener Positionsmerkmale differenzierte Analysen nach unterschiedlichen Gesichtspunkten, wie z. B. nach Bundesländern, Ressorts, Branchen oder Positionstypen erlaubt. Bei einer Kombination verschiedener Positionsmerkmale wird die Gruppe der Personen, auf die diese Merkmale zutreffen, aber oftmals so klein, daß bei Hinzuziehung weiterer Variablen wie Alter, Parteizugehörigkeit, Ausbildung usw. eine Identifikation von einzelnen Personen nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Dies kann selbst für undifferenzierte Positionsmerkmale und große Gruppen zutreffen, gilt aber noch in weitaus stärkerem Maße für Angehörige kleiner Gruppen mit herausgehobenen Positionen wie z. B. Minister.

Die Datenschutzbestimmungen gestatten nun die elektronische Verarbeitung personenbezogener Daten für den Fall, daß die Befragten dazu ihre schriftliche Einwilligung gegeben haben (§ 3.2 Bundesdatenschutzgesetz). Nach eingehender Diskussion mit Datenschutzexperten entschieden wir uns für die Einholung einer solchen schriftlichen Einwilligung. Die Befragten wurden jeweils vor Beginn des Interviews darum gebeten. In einem gleichzeitig mit der Einwilligungserklärung ausgehändigten Merkblatt zum Datenschutz waren alle wichtigen gesetzlichen Bestimmungen aufgeführt, und den Befragten wurde die vertrauliche Behandlung der Daten zugesichert. Diese Vorgehensweise wurde im Pretest erfolgreich erprobt und führte auch in der Haupterhebung zu keinerlei Schwierigkeiten.

Auch im Rahmen der Rückfragen, die von Zielpersonen über die Studie gestellt wurden, nahm der Datenschutz nur eine sehr untergeordnete Rolle ein. Eine kleine Zahl von Zielpersonen verlangte die Zusicherung, daß der Datensatz vollständig anonymisiert und jeder Positionsbezug gelöscht werden müsse; dem konnten wir aus wissenschaftlichen Gründen nicht zustimmen. Auch wurde von einigen Zielpersonen gefordert, daß Fragebogen und Dateien nach einem Zeitraum von höchstens fünf Jahren vernichtet bzw. gelöscht würden; dieser Forderung konnte ebenfalls nicht zugestimmt werden. Jedoch zeigten auch diejenigen Zielpersonen, die Rückfragen zur Handhabung des Datenschutzes hatten, überwiegend Verständnis dafür, daß eine vollständige Anonymisierung des Datensatzes weder möglich noch sinnvoll ist und letztendlich

nicht formale Prozeduren, sondern nur die Einhaltung der professionellen Standards durch die mit der Analyse befaßten Wissenschaftler eine vertrauliche Behandlung der Daten sichern können.

In der Hauptuntersuchung wurde die Unterschrift unter die Einwilligungserklärung nur von zwei Personen verweigert; dies wurde als Verweigerung des Interviews behandelt.

Die Unterlagen über den Feldeinsatz, die Fragebogen sowie die Einwilligungserklärungen werden von der Projektgruppe in Mannheim entsprechend den Datenschutzbestimmungen aufbewahrt. Die für die Anschreiben erstellte Positionendatei sowie die Datei der erhobenen Daten unterliegen im Rechenzentrum der Universität Mannheim besonderen Schutzmaßnahmen. Der Zugang zu den Daten ist auf Projektmitarbeiter beschränkt.

## 7. Interviewsituation

In der Regel erhielten die Interviewer Adressenprotokolle mit fester Terminvorgabe. Sie waren angewiesen, den Termin für das Interview ein bis zwei Tage vorher nochmals zu bestätigen. Dabei kam es seitens der Zielpersonen häufig vor, in vielen Fällen sogar mehrfach, daß Termine verschoben werden mußten.

Die vorherige Kontaktaufnahme mit dem jeweiligen Sekretariat war jedoch nicht nur wegen möglicher Terminverschiebungen notwendig, sondern entsprach auch den Wünschen der Zielpersonen. Einerseits wollten diese in der Regel vor dem Termin den Namen des Interviewers wissen, zum andern ist es wegen der Sicherheitsvorkehrungen in den meisten Organisationen üblich, der jeweiligen Empfangszentrale Termin und Namen erwarteter Besucher mitzuteilen.

Die Termine verteilten sich relativ gleichmäßig über die Wochentage Montag bis Donnerstag, an denen jeweils etwas über 20 % der Interviews stattfanden. Demgegenüber lagen nur 12.7 % der Interviewtermine freitags, und nur vereinzelt fanden Interviews an Wochenenden statt.

Vorzugsweise wurden Interviewtermine für den späten Vormittag oder den frühen Nachmittag vereinbart. Dabei ergaben sich geringfügige sektorspezifische

sche Unterschiede, die auf Besonderheiten der Arbeitssituation zurückgeführt werden können. So fanden z. B. die Interviews im Sektor Medien etwa zur Hälfte nachmittags statt, die mit Richtern dagegen zu 80 % vormittags.

Nahezu alle Interviewer berichteten, daß die Interviewsituation entspannt war und die Befragten sich durchweg sehr kooperativ verhielten. Zwar äußerten Befragte zum Teil Vorbehalte gegenüber festen Antwortvorgaben bei einigen Fragen. Insgesamt wurde das Fragenprogramm jedoch auch von diesen Personen durchweg vollständig absolviert. Der Datensatz der geschlossenen Fragen zeigt, daß 97 % bis 99 % aller Befragten diese Fragen beantwortet haben. Diese hohe Antwortbereitschaft gilt selbst für die Fragen nach der Wahlabsicht, der gewünschten Regierungskoalition und der Parteimitgliedschaft. Zu Verweigerungen bei Beginn der Befragung bzw. zu Abbrüchen im Laufe des Interviews kam es in nicht mehr als zehn Fällen, wobei die Befragten überwiegend Unbehagen an den festen Antwortvorgaben bei geschlossenen Fragen äußerten. Diesen wenigen negativen Stellungnahmen steht die Mehrzahl der Befragten gegenüber, die großes Interesse an der Studie bekundeten und sich an der Zusendung des ihnen angebotenen Tabellenbandes mit den Ergebnissen der Studie sehr interessiert zeigten.

Tabelle 6 enthält die Auswertung des von den Interviewern ausgefüllten Fragebogens zur Interviewsituation.

Die Reaktionen der Interviewer auf die Interviews waren durchweg sehr positiv. Nahezu alle Interviewer nahmen bis Ende des Feldzeitraums gerne neue Termine an. Da bei unserer Zielpopulation eine Beeinflussung der Befragten durch den Interviewer weitgehend unwahrscheinlich ist, wurde die Zahl der Interviews je Interviewer nicht beschränkt, wie dies sonst bei Repräsentativbefragungen üblich ist. Die Interviewer wurden sogar ermutigt, möglichst viele Interviews durchzuführen, wobei wir davon ausgingen, daß sie durch zunehmende Erfahrung mit den Zielpersonen auch eine größere Souveränität im Umgang mit diesen entwickeln würden. Davon versprachen wir uns wiederum eine positive Rückwirkung auf die Interviewsituation.

**Tab. 6: Interviewsituation**

1. Beurteilung der Interviewsituation		n	%
ruhig, weitgehend ohne Störung		1404	80.5
einige Störungen, die aber ohne Einfluß auf die Interviewsituation blieben		283	16.2
häufige bzw. längere Störungen, die sich nachteilig auf die Interviewsituation auswirkten		40	2.3
keine Angabe		17	1.0
Insgesamt		1744	100.0
2. Anzahl der Unterbrechungen		n	%
keine		975	55.9
ein- bis dreimal		663	38.0
mehr als dreimal		84	4.8
keine Angabe		22	1.3
Insgesamt		1744	100.0
3. Dauer der Unterbrechungen in Minuten		n	%
keine Unterbrechungen		975	55.9
Unterbrechungen von	1- 5 Minuten	456	26.1
Unterbrechungen von	6-10 Minuten	150	8.6
Unterbrechungen von	11-20 Minuten	93	5.3
Unterbrechungen von mehr als 20 Minuten		37	2.1
keine Angabe		33	1.9
Insgesamt		1744	100.0

## 8. Interviewdauer

Bei Eliteinterviews muß mit einer beträchtlichen Varianz der Interviewdauer gerechnet werden, da ein Teil der Befragten die Interviews quasi "routine-mäßig" sehr schnell absolviert, ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zielpersonen sich jedoch sehr viel Zeit für die Interviews nimmt.

Der den Befragten im Anschreiben angekündigte Zeitaufwand für das Interview von eineinhalb Stunden wurde im Durchschnitt geringfügig unterschritten - allerdings nur, wenn Unterbrechungen von der Gesamtzeit des Interviews ab-

gezogen werden. Die Bandbreite der durchschnittlichen Interviewzeit reicht von 83 Minuten im Sektor Massenmedien bis zu 98 Minuten im Sektor Justiz.

Die sektorspezifischen Unterschiede lassen sich teilweise durch die allgemeine Vertrautheit der Befragten mit Interviews sowie den im Interview angesprochenen Themen erklären. Politiker und Journalisten erzielten daher die geringsten Zeiten. Die Befragten in den Sektoren Justiz, Wirtschaft, Verbände und Wissenschaft, die weniger öffentlich aktiv sind, benötigten dagegen mehr Zeit.

Zusätzlich zu der Erfassung der tatsächlich benötigten Interviewzeit durch den Interviewer waren die Befragten am Ende des Interviews gebeten worden, die Dauer des Interviews zu schätzen. Diese Schätzungen lagen im Durchschnitt 14 Minuten unter der Bruttointerviewzeit<sup>1)</sup> und 10 Minuten unter der Nettointerviewzeit. Da Vergleichsmöglichkeiten fehlen, läßt sich nicht beurteilen, ob die Schätzungen der Elitemitglieder genauer oder weniger genau sind als die anderer Bevölkerungsgruppen. Die Schätzungen der Befragten waren in den Fällen, in denen das Interview ein- oder mehrmals unterbrochen worden war, deutlich korrekter als bei ungestört verlaufenen Interviews. Sie liegen in diesem Fall nur durchschnittlich neun Minuten unter der tatsächlichen Interviewzeit im Vergleich zu elf Minuten bei den übrigen Befragten. Offensichtlich führten die Unterbrechungen also zu einer Sensibilisierung der Befragten in bezug auf die Dauer des Interviews.

## 9. Schlußbemerkung

Im Vergleich zu einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage sind bei einer Elitemfrage eine Reihe zusätzlicher Arbeitsschritte zu bewältigen. Außerdem bringt ihre Durchführung erhöhte organisatorische Anforderungen an den Feldeinsatz mit sich. Zunächst muß die Gruppe der Zielpersonen mit Hilfe eines relativ aufwendigen Verfahrens bestimmt werden. Die Kontaktaufnahme erfordert ein besonderes Fingerspitzengefühl und muß in jedem Fall durch ein vorbereitendes Anschreiben erfolgen. Die Feldsteuerung kann wegen häufiger Terminverschiebungen nur zentral geleitet werden und macht ein besonderes Maß an Flexibilität beim Interviewereinsatz nötig. Eine solche Studie

---

<sup>1)</sup>Gesamt-Interviewzeit ohne Abzug der Unterbrechungen.

# ZUMA

---

stellt schließlich weit überdurchschnittliche Anforderungen an die Qualifikation und Schulung der Interviewer.

Ist der Kontakt zu den Interviewpartnern jedoch einmal hergestellt und ein Termin vereinbart worden, so ist die Interviewsituation selbst im allgemeinen problemlos, Offenheit und Antwortbereitschaft sind groß. Datenschutzbedenken - ein mittlerweile zentrales Problem in Bevölkerungsumfragen - spielen offenbar allenfalls eine marginale Rolle; hier dürften allerdings die der Untersuchung zugebilligte wissenschaftliche Seriosität wie auch die Glaubwürdigkeit der verantwortlichen wissenschaftlichen Leiter eine besondere Bedeutung gewinnen.

Das Projekt "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981" wird unter Leitung von Rudolf Wildenmann (Europäisches Hochschulinstitut Florenz und Universität Mannheim) und Max Kaase (Universität Mannheim) von Ursula Hoffmann-Lange, Albrecht Kutteroff und Gunter Wolf durchgeführt, die auch den vorstehenden Bericht verfaßten. ZUMA-Projektleiter ist Peter Ph. Mohler.

## Literatur

- BARTON, A. H. Sampling and Field Work for the American Leadership Study. Unveröffentlichtes Manuskript, 1972.
- DEACON, D., HIGLEY, J. & SMART, D. The Australian Leadership Study. In: *Politics*, 11, 1976, 96-99.
- HOFFMANN-LANGE, U., JUNG, M., KUTTEROFF, A., SCHOLZ, E. & WOLF, G. Beschreibung der Positionenauswahl für die Studie "Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981". Unveröffentlichter Arbeitsbericht, 1981.
- HOFFMANN-LANGE, U., NEUMANN, H. & STEINKEMPER, B. Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt: Lang, 1980.
- KANE, H. W. A Review of Field Operations for the Study of U.S. Elites. Unveröffentlichtes Manuskript, 1972.
- WILDENMANN, R. & KAASE, M. Rekrutierung, politische Orientierungen und Kooperationsbeziehungen westdeutscher Führungsgruppen. Forschungsanträge, 1979, 1981.
- WILDENMANN, R. & KAASE, M. Bericht über den Zeitraum vom 1.4.1980 - 30.11.1981. Unveröffentlichter Arbeitsbericht, 1981.